

NICARAGUA ZEITUNG

März 2005



Die beiden Caudillos im Kreis ihrer Freunde* (aus El Nuevo Diario, 12.1.05)

Heiße Tage in Nicaragua

Am 12. Januar 2005 veröffentlichte die Tageszeitung El Nuevo Diario auf der Titelseite ein Foto, das ganz Nicaragua überraschte, ja erschütterte. Es zeigt in vollkommen privater Atmosphäre und äußerst gelöstester Stimmung die beiden mächtigsten Männer des Landes – den Liberalen Arnoldo Alemán und den Sandinisten Daniel Ortega – im trauten Kreis ihrer engsten Angehörigen und Freunde.

Nachdem von Ortega kontrollierte Gerichte Alemán wegen Korruption zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt hatten, nachdem sich die Vertreter beider Parteien öffentlich mit vulgärsten Ausdrücken beschimpft und sich sogar im Parlament geprügelt hatten, präsentierten sich jetzt beide Seiten, als wären sie schon seit Jahren die besten Freunde, ja geradezu eine Familie.

Das Foto wurde wenige Tage zuvor auf dem privaten Landsitz Alemáns in El Chile aufgenommen, als die

engsten Führungszirkel der Liberalen und der Sandinisten ein langfristig angelegtes Bündnis festzurten.

Was war passiert? Am 9. Januar 2005 hat das nicaraguanische Parlament ein neues Präsidium gewählt, über das sich die Liberalen (PLC, Liberal Konstitutionalistische Partei) und die Sandinisten (FSLN, Sandinistische Front der Nationalen Befreiung) vorher verständigt hatten. Von den sieben Präsidiumsmitgliedern sollten vier der PLC und drei der FSLN angehören. Die kleinere Gruppe stellt den Vorsitzenden, also wurde René Núñez (FSLN) zum Parlamentspräsidenten gewählt und Wilfredo Navarro (PLC) zu seinem Stellvertreter. Im nächsten Jahr sollen die Mehrheitsverhältnisse und die Positionen dann entsprechend umgekehrt werden. Ein ähnliches Verfahren wollen beide Parteien auch in anderen wichtigen staatlichen Institutionen (Rechnungshof, Oberster Wahlrat, Oberster Gerichtsrat usw.) und öffentlichen Unternehmen anwenden, um sich so auf

Nicaragua
Verein
Hamburg

www.nicaragua-verein.de

Spendenkonto

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20, Kontonr.: 51137-205

diesen äußerst gut dotierten Posten in den kommenden Jahren gegenseitig abzusichern.

Mit der Wahl dieses Parlamentspräsidiums wurde der Pakt zwischen den Spitzen von FSLN und PLC formal besiegelt. Schon in den Monaten davor kam es zu intensiven Kontakten zwischen Ortega (FSLN) und dem Häftling Alemán (PLC), in deren Verlauf sie verschiedene Verfassungsänderungen vereinbart hatten. Gemeinsam bilden beide Parteien eine satte parlamentarische Mehrheit und beide Fraktionen stehen unter der absoluten Kontrolle ihrer jeweiligen Parteiführer.

Präsident Bolaños hat mit seiner konsequent neoliberalen Politik zwar einige wirtschaftliche Fortschritte in Nicaragua ermöglicht, aber dies hat die Lebenssituation der großen Mehrheit im Lande kaum verbessert. Gleichzeitig hat er durch seine Hörigkeit gegenüber Washington und seinen autoritären Führungsstil all die Anerkennung verspielt, die er sich durch seinen Kampf gegen die Korruption zu Beginn seiner Amtszeit erworben hatte.

Vor diesem Hintergrund sollte die Verfassung so verändert werden, dass es zu einer leichten Machtverschiebung zu Lasten des Präsidenten und zur Stärkung des Parlamentes kommt. Da es sich hierbei häufig um Befugnisse über Personalentscheidungen handelt, war klar, dass Ortega und Alemán über ihre Kontrolle des Parlamentes Leute ihres Vertrauens in wichtige Positionen der Exekutive bringen wollten.

Dies wurde besonders deutlich, als eine neue Institution zur endgültigen Klärung aller Eigentumsfragen im Lande geschaffen wurde, deren Leitung von beiden Parteiführern bestimmt werden soll. In sandinistischen Kreisen wird hierin eine Möglichkeit gesehen, das Eigentum für die noch übrig gebliebenen Kooperativen und Kleinproduzenten definitiv zu deren Gunsten zu regeln. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass Arnoldo Alemán all seine unrechtmäßig erworbenen Ländereien behalten will. Und in den Reihen der sandinistischen Führungsriege gibt es ebenfalls eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die immer noch darauf warten, dass ihnen nach der Wahlniederlage 1990 "übertragene" Fincas und Unternehmen jetzt endgültig zugesprochen werden.

Gegen die Verabschiedung all dieser Gesetze hat Präsident Bolaños Anfang Januar 2005 den Zentralamerikanischen Gerichtshof angerufen. Dieser gab Bolaños Recht und forderte das nicaraguanische Parlament auf, diese Gesetze nicht in zweiter Lesung zu beschließen. Darin wiederum sahen die liberal-sandinistischen Spitzen den Versuch eines

Staatsstreiches, zumal Bolaños öffentlich die Unterstützung der Nachbarpräsidenten und der USA gesucht und sich im Fernsehen demonstrativ in Begleitung der Spitzen von Polizei und Armee präsentiert hatte.

Am 8. Januar veröffentlichten daraufhin Daniel Ortega und der wegen Veruntreuung von 100 Millionen US-Dollar verurteilte Arnoldo Alemán einen dramatischen Appell zur Verteidigung der Verfassung und der Souveränität Nicaraguas, den sie beide als "Ex-Präsidenten" des Landes unterzeichneten.

Am folgenden Tag wird verabredungsgemäß das neue Parlamentspräsidium gewählt, wobei Sandinisten und Liberale sich gegenseitig darin überbieten, dem neuen Partner Edelmut und Aufrichtigkeit zu bescheinigen. Die daran anschließende Umarmungsorgie im Parlament nimmt – nach Aussagen einiger Kommentatoren – geradezu obszöne Formen an.

Am 10. Januar treten die Spitzen des Obersten Gerichtes, des Obersten Wahlrates, der Staatsanwaltschaft und des Rechnungshofes zusammen mit dem neu gewählten Parlamentspräsidium (alle Gremien sind fest in der Hand der FSLN und der PLC) vor die Presse, um den Versuchen des Präsidenten Bolaños zu begegnen, die Entscheidungen des Parlamentes in Frage zu stellen.

Um Bolaños, der inzwischen mit der Ausrufung des Notstandes und mit dem Eingreifen der Armee gedroht hatte, zu beruhigen, vereinbart Ortega mit ihm am 12. Januar, alle Verfassungsänderungen und Benennungen von hohen Staatsfunktionen nur im Konsens zwischen PLC, FSLN und dem Präsidenten vorzunehmen. Da Alemán als Häftling unter Hausarrest steht, kann er an diesem Treffen nicht teilnehmen. Daher fühlt er sich an diese Abmachung auch nicht gebunden und weist seine Parlamentsfraktion an, alle Gesetze wie vorgesehen am Folgetag ins Parlament einzubringen, was diese dann auch tun.

Also werden am 13. Januar die geplanten Änderungen der Verfassung mit großer liberal-sandinistischer Mehrheit beschlossen. Seit diesem Tag streiten sich die drei Hauptakteure (Alemán, Ortega und Bolaños) um die Besetzung verschiedener (hoch bezahlter) Posten und drohen immer wieder wechselseitig mit einem Ende des Dialoges, falls einer der Beteiligten versucht, etwas gegen den Willen des anderen durchzusetzen.

Spannend ist vor allem die Frage, wann und wie der Block zwischen Sandinisten und Liberalen aufbrechen wird. Denn eins scheint klar: Arnoldo Alemán hat all diesen Manövern nur zugestimmt, weil

er sich davon verspricht, dass er seine Freiheit erhält und die Reichtümer, die er seinem Land geraubt hat, behalten kann. Er wird also nur noch eine begrenzte Zeit seinen Status als Gefangener akzeptieren. Aber was wird er tun, sobald er sich wieder auf freiem Fuß befindet?

Gleichzeitig hat die US-Regierung ihr Ziel klar definiert: Vereinigung der Rechten zur Verhinderung eines möglichen Sieges der FSLN bei den Präsidentschaftswahlen 2006. Wiederholt wurde schon darüber spekuliert, ob Alemán aus Nicaragua ausreist, um dem Zusammengehen der rechten Kräfte nicht mehr im Weg zu stehen.

Aber vielleicht ist das auch gar nicht nötig. Denn die Machtgier Daniel Ortegas hat ihn dazu geführt, sich zum fünften Mal als Präsidentschaftskandidat der FSLN zu proklamieren, obwohl sein innerparteilicher Konkurrent, der landesweit sehr angesehene Ex-Bürgermeister der Hauptstadt Managua Herty Lewites wesentlich bessere Gewinnchancen hätte. Die Schriftstellerin Gioconda Belli, das Aushängeschild der Sandinistischen Revolution Padre Ernesto Cardenal, der Komponist fast aller bekannten Lieder des Sandinismus Carlos Mejia-Godoy, der allseits anerkannte Comandante Henry Ruiz und viele andere Persönlichkeiten in Nicaragua haben sich inzwischen hinter die Kandidatur von Lewites gestellt.

Aber der ehemalige Außenminister Padre Miguel d'Escoto hat die Stimmung des engsten Führungskreises um Ortega zu dieser Frage sehr offen zum Ausdruck gebracht: Auf der Homepage der FSLN (www.fsln-nicaragua.com) ist er sich nicht zu schade, Ikonen der Sandinistischen Revolution herabzuwürdigen, indem er davon spricht, dass Ernesto Cardenal "anti-sandinistisches Gift eingeflößt" wurde, und dass der frühere Vize-Präsident Sergio Ramirez schon immer ein Mann der Rechten gewesen sei. Für ihn ist die FSLN gleich Daniel Ortega und umgekehrt. So ist es nur folgerichtig, wenn d'Escoto sagt: "Ich würde es vorziehen, mit Daniel zu verlieren, als mit jemandem zu gewinnen, dessen Sieg das Ende der Sandinistischen Front bedeuten würde."

Matthias Schindler

**Auf dem Familienfoto von historischer Bedeutung v.l.n.r.: Wilfredo Navarro (PLC, Vizepräsident des Parlamentes), René Herrera (PLC, Abgeordneter); María Fernanda Flores (Ehefrau v. Arnoldo Alemán); Nöel Ramirez (PLC, Abgeordneter / ehem. Chef der Zentralbank); Arnoldo Alemán (sitzend, Vorsitzender der PLC, Ex-Präsident Nicaraguas und Häftling unter Hausarrest); Dolores Alemán (PLC, Abgeordnete und Tochter des Ex-Präsidenten); Daniel Ortega (sitzend, Generalsekretär der FSLN, Ex-Präsident Nicaraguas); Manuel Coronel Kautz (FSLN, Nationale Leitung); René Núñez (FSLN, Parlamentspräsident); Edwin Castro (FSLN, Fraktionsvorsitzender).*

Naturheilklinik in León wurde im Sommer 2004 eingeweiht

Fast 400 Patienten suchen jeden Monat Hilfe

Im Juli vergangenen Jahres konnte die Naturheilklinik in León eingeweiht werden – nicht zuletzt Dank der Unterstützung, die das Projekt aus Deutschland und vor allem aus Hamburg bekommen hat. Obwohl noch nicht alle geplanten und notwendigen Einrichtungen fertiggestellt sind, werden inzwischen bereits rund 400 Patientinnen und Patienten, darunter viele Kinder, jeden Monat in der Klinik behandelt.

Am Tag der Einweihung wurden nicht nur zahlreiche Gäste und Patienten über die verschiedenen medizinischen Dienste und Therapiemöglichkeiten in der Klinik informiert, sondern auch so mancher Patient kostenlos behandelt. Ausserdem wurde an diesem Tag ein erstes medizinisches Heft über "Naturheilkunde in der Klinik" in einer Auflage von tausend Exemplaren veröffentlicht.

Seit dem 19. Juli 2004 läuft nun der "Alltagsbetrieb" mit ambulanter und stationärer Versorgung der Patienten. Die regelmäßigen Arbeits- und Öffnungszeiten der Klinik sind von montags bis samstags von 8.00 bis 16.00 Uhr. Bisher stehen zehn Betten insbesondere für die stationäre Behandlung zur Verfügung. Menschen, die keine oder nur sehr geringe finanzielle Mittel zur Verfügung haben, werden kostenlos behandelt. Die anderen Patienten zahlen weniger als zwei US-Dollar.

Es sind vor allem Menschen mit Lungen-, Nieren- und Hauterkrankungen sowie nervösen Leiden, die in der Naturheilklinik Hilfe und Linderung suchen. Die meisten Erkrankungen sind bereits chronisch und hauptsächlich auf die klimatischen beziehungsweise ökologischen



Medizinischer Alltag in der Naturheilklinik: Patienten im Behandlungsraum

Bedingungen sowie die schlechte Ernährung zurückzuführen.

Angeboten werden in der Klinik derzeit neben den normalen medizinischen Diensten auch psychologische Behandlung und Hydrotherapie (Wasserheilverfahren). Bestandteil der Therapien sind die im medizinischen Kräutergarten und in der Klinik hergestellten Naturheilmittel, die auch außerhalb vertrieben werden. Eine eigene Trinkwasseranlage sorgt für gesundes Wasser und die eigene Solaranlage funktioniert auch. Ergänzt wird das Angebot durch Kurse über ethische Medizin, periodische Informationen über die Arbeit in der Klinik sowie Naturheilkunde für Studierende des ersten und zweiten Semesters der Universität UNAN-León.

Viel Personal kann sich die Naturheilklinik in ihren Anfängen noch nicht leisten. Zur Zeit arbeiten vier Ärzte dort, zwei von ihnen – darunter Klinikleiter Dr. Florencio Aguilar – ehrenamtlich. Ärzte und eine Assistentin übernehmen auch Pflegearbeiten. Ein Apotheker, eine Hilfskraft für Küche und Reinigung, ein Gärtner (u.a. für die Heilpflanzen) und ein Hausmeister/ Pförtner gehören zum Team. Die Gehälter sind noch nicht immer für alle gesichert,

zum Beispiel dann, wenn viele arme Patienten behandelt werden.

Nicht nur deshalb werden noch dringend weitere Spenden benötigt. Auch die endgültige Fertigstellung des gesamten Zentrums mit den vier Bereichen (Klinik; medizinische Pflanzenplantage; Küche für Patienten, Personal und Auszubildende sowie eine Apotheke) ist notwendig, weil sich dann das Projekt selbst tragen soll und kann, wie die Initiatoren errechneten.

Priorität haben derzeit folgende Maßnahmen: Ein Raum für die Hydrotherapie, damit diese nicht nur im Gartenbereich angewandt werden kann. Ein Ausbildungsraum mit Materialien und eine Bibliothek. Ganz wichtig sind auch Materialien für Schutz und Pflege der Holzteile des Gebäudes gegen Ungeziefer und Unwetter sowie ein Bewässerungssystem für die Felder.

Nach dem hoffnungsvollen Start der Naturheilklinik und dem Zuspruch, den sie findet, hängt nun ein künftiges gutes Gelingen von weiteren Spenden ab.

Bruni Franke, María Cristina Rodriguez

Spendenkonto:
Nicaragua Verein Hamburg e.V
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20
Konto 51 137-205
Stichwort: Naturheilklinik León



Feierliche Eröffnung unter dem Dach der Klinik

Der Kampf geht weiter ! ¡ La lucha sigue !



Jedes Jahr müssen wir nicaraguanschen LehrerInnen erneut kämpfen, um Gehaltsverbesserungen zu erzielen. Trotzdem stellen wir jedes Mal fest, dass sich unsere Situation nur verschlechtert.

Im Jahr 2004 haben wir gestreikt und schließlich eine Lohnerhöhung von 16 US-Dollar erreicht. Das war nicht einfach, wir demonstrierten immer wieder, organisierten verschiedene Aktivitäten und traten schließlich in Hungerstreik. Bei all diesen Aktivitäten wurden wir von der Bevölkerung unterstützt. Nun streiken wir wieder: Am 18. Januar haben wir in León begonnen und seit dem 31. Januar wird in ganz Nicaragua gestreikt.

Warum?

Die Regierung hatte dem IWF und der Weltbank im Rahmen der Entschuldung Nicaraguas einen nationalen Bildungsplan vorgelegt, der gewisse Änderungen im Erziehungswesen beinhaltet wie z.B. die Reform der Lehrpläne. Außerdem enthielt der Plan einen Passus, wonach wir im Jahr 2005 ein Gehalt bekommen sollen, das dem Wert eines Warenkorbbes* entspricht. Danach müssten wir zirka 175 Dollar bekommen, also weit aus mehr als unsere jetzigen Forderungen von 111 Dollar. Allerdings – der reale Wert des Warenkorbbes entspricht schon 400 Dollar.

Die Regierung hat jedoch für den Haushalt 2005 keinen Cent für Gehaltserhöhungen eingeplant. Uns reicht es jetzt, wir sind des Spottes, der Lügen

und der Missachtung überdrüssig. Deshalb hat die Lehrerschaft beschlossen, das Schuljahr nicht wie vorgesehen am 31. Januar anzufangen, sondern unserer Empörung durch verschiedene Aktivitäten Ausdruck zu verleihen.

In León sind wir auf die Straße gegangen. Wir haben erreicht, dass einige Pfarrer Gottesdienste zur Unterstützung unseres Kampfes abhielten, wir haben Besetzungen einiger Büros im Erziehungsministerium organisiert. Wir haben die Panamericana, die Straße, die die nördliche Landesgrenze mit der Hauptstadt verbindet, blockiert. Am 8. Februar haben 1700 LehrerInnen aus dem Departamento León an der bisher größten Demonstration in der Geschichte der Lehrerschaft Nicaraguas teilgenommen. Zweimal wöchentlich finden Vollversammlungen statt, die mit einer großen Demonstration enden. Trotz dieser vielen Aktivitäten hat der Präsident nichts besseres zu tun als verschiedene Ortschaften zu besuchen, wo er die LehrerInnen, die ihn mit ihren Forderungen empfangen, erniedrigt und beleidigt. Eine Lohnerhöhung sei nicht möglich,

weil der IWF nicht zustimmen würde, ist die Begründung.

Anstatt nach einer Lösung für die Situation zu suchen, dass wir nun in León seit dem 18. Januar schon einen Monat nicht mehr arbeiten, hat Bolaños uns mit Kündigungen und Einhalten unserer Löhne gedroht. Und das, obwohl wir am Höchsten Gerichtshof positive Urteile erstritten haben. Können wir denn noch unseren Gesetzen vertrauen? Das sollten wir eigentlich, aber in Nicaragua sind die Gesetze nicht sicher. Deshalb bereiten wir uns auf das Schlimmste vor.

In den nächsten Tagen organisieren wir einen Fußmarsch nach Managua, wo wir dann in Hungerstreik treten werden. Diese ganzen Aktivitäten machen wir für das Wohl der Lehrerschaft. Der Kampf geht weiter!

Bernarda Lopez, ANDEN León,
am 14. Februar 2005 per email

* Der Warenkorb umfaßt verschiedene Artikel und persönliche Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs für eine vierköpfige Familie

Nicaraguanische LehrerInnen streiken Aufruf zur Solidarität

Seit Jahren werden die nicaraguanischen LehrerInnen nur geringfügig bezahlt und erkämpfte Gehaltserhöhungen nicht ausbezahlt. Auch 2005 hat die Regierung zugesagte Gehaltserhöhungen nicht umgesetzt. Dies haben die LehrerInnen zum Anlass genommen, auf ihre desolate Situation aufmerksam und ihren Protest öffentlich zu machen.

Seit 5 Wochen streiken sie nun in León und seit 3 Wochen in ganz Nicaragua. Im Departamento León sind es über 2000 LehrerInnen!

„Wir haben viele Demonstrationen organisiert. Aus León haben 1700 LehrerInnen an einer zentralen Demonstration in Managua teilgenommen. Nächste Woche werden wir die Straße von León nach Managua besetzen. Wenn die Regierung innerhalb einer Woche nicht reagiert, organisieren wir einen Fußmarsch nach Managua. Dort wird eine Gruppe von LehrerInnen in den Hungerstreik treten,“ berichtet Bernarda Lopez von der LehrerInnengewerkschaft ANDEN in León.

Die Regierung hat als Reaktion auf den Streik gedroht, die LehrerInnen zu entlassen und die laufenden Gehälter zurück zu behalten.

Um den Streik weiter aufrecht erhalten, Menschen mobilisieren und die Infrastruktur für den Streik gewährleisten zu können, brauchen sie unbedingt finanzielle Unterstützung:

„Wir brauchen Geld für Transportkosten, für Lautsprecheranlagen - um für unsere Kampagnen mobilisieren zu können – und vielleicht auch für Lebensmittel (z.B. Reis, Bohnen, Öl u. Zucker), die notwendig sind, damit wir die streikenden LehrerInnen unterstützen und damit die Streikbereitschaft erhalten können“, so Bernarda Lopez.

Die **Mittelamerikagruppe der GEW** und der **Nicaragua Verein** rufen dazu auf, sich mit den LehrerInnen zu solidarisieren und den Streik der LehrerInnen des Departamento León finanziell zu unterstützen.

Unterstützen auch Sie den Streik und damit die bildungspolitische Mobilisierung in Nicaragua mit einer Spende auf das Konto des Nicaragua Vereins.

Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Postbank Hamburg, Stichwort: Streik
Kto.Nr. 51137-205, BLZ 200 100 20

Der Kampf ums Wasser

„Für 2005 greift der Nicaragua Verein in seiner Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit die **„Sozialen Bewegungen als Entwicklungschance für Nicaragua“** auf. Zu diesem Schwerpunktthema unserer Jahresplanung, das über die Entwicklungen in Nicaragua unter Bedingungen der Globalisierung informieren soll, haben wir als erstes eine Veranstaltung zur Wasserprivatisierung geplant.



Ein Lebenselement

Die NicaraguanerInnen kämpfen seit Jahren gegen die Privatisierung der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung. Obwohl schon 1987 das Recht auf Grundversorgung (nicht nur von Wasser) in die Verfassung aufgenommen wurde und diese Grundversorgung einschließlich der notwendigen Infrastruktur unter keinen Umständen veräußert werden darf, wird von der nicaraguanischen Regierung die Privatisierung vorangetrieben. Durch chronisch leere Kassen und ständige Vernachlässigung des Verfassungsauftrags zur Verbesserung der Wasserversorgung hat sich die Situation der öffentlichen Trinkwasserversorgung in Nicaragua katastrophal verschlechtert. Privatisierung soll nach Vorstellung verschiedenster Akteure die einzige Möglichkeit zur Rettung sein.

An der Spitze des Kampfes gegen Privatisierung steht in Nicaragua das Verbraucherschutz-Netzwerk RED (Red Nacional de Defensa de los Consumidores). Im RED ist **Socorro Castellon de Cruz** zuständig für die Wasserrechte. Deshalb haben wir sie als Referentin für unsere Veranstaltung **„Der Kampf ums Wasser“** nach Hamburg eingeladen. Sie wird uns

über die Arbeit ihres Netzwerks und über ihre Erfolge und Misserfolge im Kampf um die Verbraucherrechte berichten und natürlich die Hintergründe dieses Kampfes ausleuchten (siehe Veranstaltungshinweis letzte Seite).

Die Redaktion hat sich vorgenommen, durch mehrere kleine Beiträge ergänzende Informationen zu unseren Veranstaltungen zu liefern. Wir wollen die Themen allerdings etwas ausweiten, so dass sich im Idealfall Themenblöcke ergeben – ähnlich wie in unseren „Extras“ im letzten Jahr. Dabei soll die Entwicklung Nicaraguas unter Bedingungen des Neoliberalismus natürlich im Mittelpunkt stehen, gleichzeitig soll aber auch deutlich werden, dass Nicaraguas Probleme in der Regel globale Probleme sind – also auch unsere.

Unbescheiden wie wir sind, würden wir am liebsten auch noch Ruth Selma Herrera Montoya vom RED zu einer unserer Veranstaltungen nach Hamburg einladen. Auf einem Seminar in München mit dem tollen Thema: Wer bewegt was? Was wer bewegt? Bewegt wer was?

hatte Ruth uns imponiert, weil sie streitbar und tapfer im Jahr 2000 noch den politischen Parteien die führende Rolle als Movers einer Gesellschaft zuwies – gegen eine große Mehrheit im Plenum (obwohl sie damals schon zu den Kritikern der FSLN zählte). Heute ist sie Leiterin des RED. Es wäre bestimmt interessant zu erfahren, wann und wie sich ihre Einstellungen verändert oder ausgeweitet haben, so dass sie jetzt ins Lager der Zivilgesellschaft geschwenkt ist.

Mit unserem Wasserthema sind wir topp aktuell. Wasser war das zentrale Thema auf dem fünften Weltsozialforum, das in diesem Jahr Ende Januar wieder in Porto Alegre mit 120.000 Delegierten stattfand. Das Weltsozialforum (WSF) stellt gewissermaßen ein Gegenforum dar zum parallel stattfindenden Weltwirtschaftsforums (dieses Jahr in Davos). In einer Art Manifest forderten 19 Intellektuelle – unter ihnen Eduardo Galeano, Nobelpreisträger José Saramago und Adolfo Pérez Esquivel – **ein Menschenrecht auf Wasser**.

Detlef de Cuveland

Glossar zu unseren Veranstaltungen – ein Drama

Titel: Neoliberalismus. - Könnte auch heißen: Privatisierung (Übertragung öffentlicher Aufgaben auf privatrechtliche Gesellschaften), Deregulierung, Reduzierung der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft.

Ort der Handlung: - Global. Im Norden und Süden wenden sich Globalisierungskritiker gegen eine rein wirtschaftliche und dem Neoliberalismus verpflichtete Globalisierung.

Die Protagonisten:

- Die Allianz der Bösen

USA Administration (dazu fällt dem Autor nichts mehr ein) und in deren **Gefolge:**

IWF/IMF: Internationaler Währungsfonds, 1944 in Bretton Woods gegründet, vergibt Kredite an Staaten, um deren Liquidität zu stützen. Zwingt im Gegenzug diesen Ländern fragwürdige Strukturanpassungsprogramme (SAPs) auf.

Weltbank (IBRD): Stellt Ländern Kredite zur Finanzierung meist neoliberaler Projekte zur Verfügung. Einfluss- und ressourcenstärkste Organisation mit berühmten Strukturanpassungsprogrammen.

WTO: Welthandelsorganisation (Nachfolgerin des GATT 1995). Ziel: Beseitigung von Handelshemmnissen. Seit Ministerkonferenz in Seattle 1999 wichtigster Gegner für die Globalisierungskritiker.

GATS: Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, mit der WTO 1995 in Kraft getreten. Hauptziel: Liberalisierung des Welthandels, auch im Dienstleistungsbereich. Einfallstor für die weitere Privatisierung öffentlicher Güter.

EU/EEP: Entwicklungspolitik der Europäischen Union kann kaum ein eigenes entwicklungspolitisches Profil entwickeln. Fördert Liberalisierung.

Global player: Weltkonzerne/ transnationale Konzerne. Ziele: Marktmacht, Sicherung von Rohstoffquellen, Senkung von Nebenkosten: Transport, Zölle, Umweltschutz und Senkung der Lohnkosten. Einziger wirklicher Nutznießer von Liberalisierung und Privatisierung.

- Zwischen den Fronten

Regierungen: Mal hier mal dort. Verlieren an Handlungsfreiheit und Handlungsmöglichkeiten. Folgen: Verschuldung des Staates, Arbeitslosigkeit, Armut.

- Der Widerstand

Soziale Bewegungen/Zivilgesellschaft: Relativ schwer zu definierende Gruppen, unter die sich verschiedenste Gesellschaftsgruppen einordnen lassen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Kritik an der Politik üben und Veränderungen durchsetzen wollen, hier vor allem an den negativen Folgen von Globalisierung und Liberalisierung. Ihre Organisationen können z.B. sein: Nichtregierungs-Organisationen (NROs/engl. NGOs), Gewerkschaften, Netzwerke wie attac, das Weltsozialforum.

- Die Verlierer

Die **Menschen** in Süd und Nord.

Detlef de Cuveland

Jeder Tropfen zählt

„Hamburg liegt inmitten faulender, übelriechender, schmutziger Gewässer: ein schmutziger Strom auf einer Seite, ein noch schmutzigerer See auf der anderen, und Kanäle voll von stinkendem, stagnierendem Wasser im Herzen der Stadt.“ Was sich wie ein Horrorszenario aus einem Science-Fiction-Roman liest, war im 19. Jahrhundert Realität – die Textpassage stand damals in der Londoner „Times“. Im unfiltrierten Trinkwasser der Hansestadt fühlten sich junge Aale, Würmer, Muscheln und anderes Getier aus der Elbe wohl. Diese „Aalsuppe“ führte in den 1880er Jahren zu schweren Typhusepidemien und ein Jahrzehnt später setzte die Cholera ein. Zum Glück ist das inzwischen längst Geschichte und sauberes Trinkwasser für die Hamburger heute selbstverständlich.

Entlang der bis vor wenigen Jahren noch stark verschmutzten Elbe sind seit 1990 rund 240 Kläranlagen entstanden. Weil das Wasser heute im Vergleich zu der Zeit vor der Wende weniger Quecksilber und andere Gifte enthält, fühlen sich nicht nur 94 Fischarten in den Fluten wohl. Der 1.165 Kilometer lange Fluss soll hinsichtlich der Schadstoffbelastung auch die EU-Norm für Badegewässer erfüllen. So nahmen vor drei Jahren denn auch 90.000 Menschen zwischen Prag und Hamburg am ersten internationalen Elbebadetag teil, geben die Veranstalter an.

Trotz des Engagements von Umweltgruppen, strengerer EU-Wasser-Rahmenrichtlinien sowie vieler weiterer Gesetze und Initiativen bleibt beim Thema „Wasserqualität“ hier zu Lande noch viel zu tun. Unsere modernen Kläranlagen mit zusätzlichen Reinigungsstufen haben nämlich den Nachteil, dass

bei ihnen immer mehr mit Schadstoff angereicherter Klärschlamm entsteht, der das Grundwasser belasten kann. Außerdem ist unser Trinkwasser durch Nitrat und Pestizide aus der Landwirtschaft bedroht, und aus der Industrie gelangen Chemikalien und Stickoxide ins Grundwasser. Ein weiteres Problem stellen belastete Abwässer von Wäschereien, Krankenhäusern oder Autowerk-



Vergnügen oder Gefahr? Baden im verschmutzten See

stätten dar sowie Privathaushalte, die Sondermüll wie etwa Medikamente durch die Toilette entsorgen. Hinzu kommen Altlasten, die das Grundwasser verschmutzen.

Wasser macht krank

Naturgemäß sieht die Umweltbilanz in den ärmeren Ländern auf der Südhalbkugel, wo rund 90 Prozent des Abwassers ungereinigt in den Wasserkreislauf gelangen, noch viel schlechter aus. Die Weltgesundheitsorganisation WHO führt 80 Prozent der in den so genannten Entwicklungsländern auftretenden Krankheiten auf unsauberes Wasser zurück. Nach Angaben der Vereinten Nationen sterben jährlich zwölf Millionen Menschen durch verunreinigtes Wasser.

Während in Europa und Nordamerika fast jeder Mensch Zugang zu einem Wasser- und Abwasseranschluss hat, ist dies nach dem Weltwasserentwicklungsbericht der UNESCO – der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation – bei 20 Prozent der städtischen Bevölkerung in Lateinamerika nicht der Fall. Die rasant fortschreitende Verstädterung, wie sie auch in Nicaragua zu

beobachtet ist, wird die Situation weiter verschärfen. Slums bleiben vom städtischen Ver- und Entsorgungsnetz ausgeschlossen.

Die meisten Menschen ohne Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser leben allerdings in ländlichen Regionen. Sie müssen häufig mühsam Eimer an Quellen auffüllen, wie etwa im Nordwesten von Nicaragua. Dabei sind zwei Drittel der gesamten Erdoberfläche mit Wasser bedeckt. Die Bevölkerungsexplosion wird die Wasserknappheit weiter zuspitzen: Hochrechnungen gehen davon aus, dass in 20 Jahren acht Milliarden Menschen leben werden, davon zirka ein Drittel in Gebieten mit knappen Trinkwasservorkommen.

Die Weltbank schätzt, dass in den nächsten zehn Jahren 600 Milliarden US-Dollar investiert werden müssen, um die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in den so genannten Entwicklungslän-

dern sicher zu stellen. Gleichzeitig sind die Weltbank sowie einige internationale Entwicklungshilfeorganisationen der Auffassung, den Wassermangel mit Hilfe von Privatisierung, Deregulierung und Freihandel beseitigen zu können. Nur private Investoren und Betreiber verfügten über die notwendigen Gelder, das technische Know-how, moderne Managementmethoden sowie höhere Effizienz, lauten die Argumente. So privatisieren seit Anfang der 1990er Jahre denn auch immer mehr Industrie- und Entwicklungsländer ihre Wasserversorgung. Global operierende Konzerne aus Deutschland, den USA und anderen Industrieländern übernehmen dabei zum Beispiel den lokalen Wasserverkauf oder den Bau von Leitungen. Logisch, dass private Wasserversorger nicht aus Wohltätigkeitserwägungen handeln, sondern knallharte Wirtschaftsinteressen verfolgen.

Wasser stellt jedoch keine Ware dar. Organisationen wie die Vereinten Nationen oder Brot für die Welt fordern denn auch ein Menschenrecht auf Wasser – ein Recht auf ausreichendes, sicheres und erschwingliches Wasser. Wegen Zahlungsrückstand einem Haushalt kurzerhand die Zufuhr abzustellen, mag einem Science-Fiction-Roman Spannung verleihen – Realität darf dieses Szenario nicht werden.

Kerstin Kloss



Wasser ist Leben und das Leben kann man nicht privatisieren



Das ist der Slogan, mit dem die nicaraguanische Verbraucherschutzorganisation "Red nacional de la Defensa de los Consumidores" (RED) gegen die Privatisierung der öffentlichen Güter und speziell des Trinkwassers in Nicaragua kämpft.

In einigen Stadtvierteln Leóns funktioniert die Wasserversorgung nur zwischen 23 und fünf Uhr morgens. Dann muss mensch Abwaschen, Wäsche waschen, Duschen und den Wasservorrat für den nächsten Tag in Fässer füllen. In anderen Stadtteilen Leóns püschert das Wasser tagsüber aus den Leitungen, und die Bewohner der Häuser müssen sich absprechen zum Duschen und Waschen. Beides gleichzeitig ist nicht möglich. Einige ländliche Regionen um León verfügen während der Trockenzeit über so gut wie gar kein Wasser. Viele Menschen müssen lange Wege auf sich nehmen, um an Trinkwasser zu kommen. Proteste bei der staatlichen Wasserversorgungsgesellschaft ENACAL (Empresa Nicaraguense de Acueductos y Alcantarillados) verlaufen im Sande.

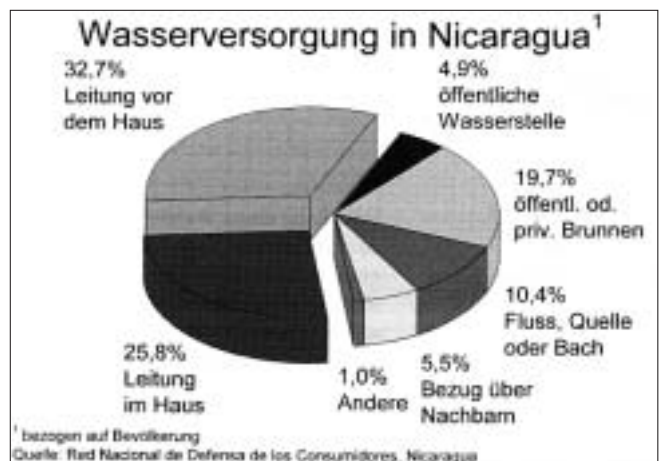
Durch die Privatisierung der Versorgung soll alles besser werden. Dagegen wehrt sich das RED und kämpft mit unterschiedlichen Mitteln, sie zu verhindern. Es wurden und werden Demonstrationen organisiert, in Veranstaltungen erhält die Bevölkerung Informationen über die Auswirkungen der Trinkwasserprivatisierung. Es gibt Postkartenaktionen und eine Vorlage für einen Wassergesetzentwurf, der die Privatisierung des Wassers verbietet. Darin heißt es: "Wasser ist ein nationales Gut, das nicht privatisiert werden darf, weder direkt noch indirekt". Dieser Gesetzentwurf wird noch verhandelt. Die Energie- und Infrastruktur-Kommission der Nationalversammlung hat signali-

siert, einen Entwurf für eine Verfassungsänderung in diesem Sinne vorzubereiten. Trotzdem wurde am 3. Februar in erster Lesung ein neues Allgemeines Wassergesetz verabschiedet, das die extensive Nutzung und Ausbeutung von Wasserreserven durch private Gesellschaften oder Unternehmungen für landwirtschaftliche Zwecke, Viehzucht, Energiegewinnung, Tourismus u.a. zulässt. Den lokalen Verwaltungen würde damit die Kontrolle über die Wasserressourcen entzogen. Das Gesetz verbietet zwar die Wasserprivatisierung, lässt aber den Abschluss von Verträgen zur nachhaltigen Verwendung von Wasser durch private Gesellschaften zu. Die zweite Lesung dieses Gesetzes wird Anfang März stattfinden.

In der Zwischenzeit schafft die staatliche Wasserversorgung ENACAL Fakten. Ein Großunternehmen will 5000 Wohnungen bauen, die an eine private Wasserversorgung angeschlossen werden. Teilhaberin an diesem Großunternehmen ist ENACAL. Angebote der Kommune, die Wasserversorgung zu übernehmen, hat ENACAL mit der Begründung zurückgewiesen, "dass sie die Wasserversorgung lieber in privater Hand sehen". Dringend notwendige Reparaturen beziehungsweise der Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung werden von ENACAL nicht vorgenommen, klagt das RED. Die eingenommenen Gelder werden zurückgehalten. Das red hat in einer öffentlichen Anhörung die staatlichen Stel-

len aufgefordert, die Arbeitspraktiken von ENACAL zu untersuchen und zu klären, wohin die erhaltenen Gelder geflossen sind. Des weiteren fordert es die Entwicklung des Unternehmens zu überprüfen, da ENACAL das Management in andere Hände geben will. Bislang sind drei Angebote ausländischer Firmen bekannt. Das RED vermutet, dass die Vergabe des Managements in die Hände privater Gesellschaften einer indirekten Privatisierung gleichkommt. Eine Eingabe des RED im November 2004 wies darauf hin, dass eine Abtrennung des Managements das Gesetz 440 verletzen würde. Dieses legt fest, dass jeder Verkauf der Kontrolle über die Wasserressourcen verboten ist. Aus der Eingabe resultiert ein aktuelles Urteil, das ENACAL jegliche weiteren Verhandlungen der "Modernisierung" des Managements verbietet. Trotz dieses Verbotes verhandelt ENACAL weiter, und die Regulierungsbehörde für Wasser und Abwasser (INAA) weigert sich, ENACAL auf die Einhaltung des Urteils zu verpflichten. Inzwischen beschäftigt sich der Oberste Gerichtshof mit dieser Angelegenheit.

Hinter den Privatisierungsbestrebungen der nicaraguanischen Regierung steckt auch Druck von internationalen Organisationen. Nicaragua ist von den Kreditprogrammen des IWF (Internationaler Währungsfonds) abhängig. Durch das Programm "Poverty Reduction and Growth Facility" (Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung) wurden Nicaragua strukturelle Vorgaben diktiert: Anhebung der Wasser- und Abwassergebühren um monatlich 1,5 Prozent bis zur Erreichung der Kostendeckung und die Verpflichtung, mindestens in vier Regionen



In: Nicaragua privatizada. München 2003, Seite 12



des Landes Konzessionen für die private Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung zu vergeben. Diese Vorgaben für die Kreditvergabe stehen konträr zum Artikel 102 der Verfassung, der festlegt, dass die Naturressourcen nationales Eigentum sind und dem staatlichen Schutz obliegen. Sie dürfen nicht wie "Handelswaren" behandelt werden, da sonst das nationale Leben bedroht sei. Artikel 105 der Verfassung legt als unveräußerliches Recht fest, dass die Bevölkerung Zugang zu den öffentlichen Gütern hat.

Sowohl die Vorgaben der IWF-Kreditprogramme als auch die Freihandelsverträge CAFTA (Freihandelsvertrag zwischen Zentralamerika und Nordamerika) und

ALCA (Freihandelsvertrag des gesamten amerikanischen Kontinents), die eine Privatisierung der öffentlichen Güter vorsehen, verletzen die nicaraguanische Verfassung. Trotzdem ignoriert die Regierung die Proteste des RED, das die Einhaltung der nationalen Gesetzgebung fordert.

Das RED bittet jetzt um internationale Unterstützung und fordert auf, Protestbriefe an den Präsidenten der nicaraguanischen Nationalversammlung zu richten. Weitere Informationen und Briefvorlagen auf Spanisch sind unter www.nicaragua-forum.de/05/wasser.htm zu finden.

Patricia Eggers

Wasser und Hamburg

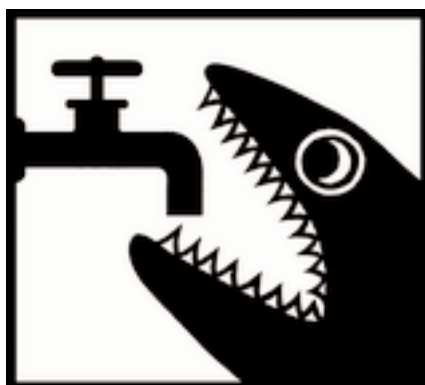
Sind Sie dafür, dass Hamburgs öffentliche Wasserversorgung weiterhin vollständig Eigentum und unter uneingeschränkter Verfügung der Freien und Hansestadt Hamburg bleibt? So lautete der Antragstext der Volksinitiative Unser-Wasser-Hamburg (UWH) zur Erhaltung der öffentlichen Wasserversorgung in Hamburg. Sie richtete sich gegen die Pläne des Senats, die Hamburger Wasserwerke (HWW) zu veräußern.

Als erster Schritt der Volksinitiative für die Verhinderung des Verkaufs wurde eine Unterschriftensammlung eingeleitet. Sie stützte sich auf das Hamburgische Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, in dem die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und der politischen Willensbildung geregelt ist. Ziel war es, mit diesem politischen Instrument die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung grundsätzlich zu unterbinden.

Vermutungen über die Veräußerung der Hamburger Wasserwerke basierten auf vielfältigen Informationen und Äußerungen von politisch Verantwortlichen in Hamburg. Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) hatte im Februar 2003 in einem TV-Interview erklärt, ein Teilverkauf der Wasserwerke sei "nicht ausgeschlossen". Darüber hinaus wurden Akquisitionspläne der HWW bekannt, die einen Erwerb der Eon-Tochter Gelsenwasser vorsahen. Es war von einem "Tausch von Anteilspaketen" die Rede. UWH überreichte dem Senat am 22. Juli 2003 mehr als 21.000 Unterschriften – also weit mehr als die notwendigen 12.000. Hamburgs BürgerInnen bekundeten damit, dass sie auch weiterhin eine Wasserversorgung aus öffentlicher

Hand wollen. Damit war die erste Hürde genommen. Nach Anerkennung der Unterschriften wurde der zweiwöchige Eintragungszeitraum für den nächsten Schritt, das Volksbegehren, festgelegt. Innerhalb von zwei Wochen mussten 60.747 Unterschriften gesammelt werden.

Zu Beginn des zweiwöchigen Eintragungszeitraums hatten der Erste Bürgermeister von Beust sowie Finanzsenator Peiner jede Verkaufsabsicht bestritten. Entgegengesetzte Signale kamen von Umweltsenator Freytag, der eine Teilprivatisierung nicht ausschließen wollte. Tatsächlich bestätigten Mitglieder der CDU-Bürgerschaftsfraktion, dass noch in jüngster Zeit Gespräche zwischen dem Senat und den global führenden Wasserkonzernen RWE und Véolia stattgefunden hatten.



Das Aktionsbündnis UWH hatte nach den zwei Wochen über 147.500 Unterschriften wahlberechtigter BürgerInnen für sein Volksbegehren gesammelt. "Dies ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass die Hamburger Bevölkerung über die Zukunft ihrer Trinkwasserversorgung mitbestimmen will", sagte der Sprecher des Bündnisses, Jürgen Arnecke. "Die Unter-

stützung der Menschen für unsere Forderung war einfach überwältigend. Hunderte haben spontan Unterschriften gesammelt, die meisten haben wir erst kennen gelernt, als sie mit den ausgefüllten Listen in unserem Büro vorbeikamen."

Hamburgs öffentliche Wasserversorgung bleibt weiterhin vollständig Eigentum und unter uneingeschränkter Verfügung der Freien Hansestadt Hamburg – so lautet der Beschluss, den alle in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen (CDU, SPD, GAL) in der Bürgerschaftssitzung vom 24. November 2004 gemeinsam fassten. Die Parlamentarier kamen damit dem Text des Antrages, den das Aktionsbündnis Unser-Wasser-Hamburg im Rahmen eines Volksbegehrens formulierte, vollständig nach.

Außerdem stellt die Bürgerschaft fest, dass der Beschluss das Anliegen des Volksbegehrens umsetzt. Um dieses verbindlich in einem Gesetz zu verankern, wird der Senat der Hansestadt Hamburg zugleich ersucht, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Auch darauf einigte sich die Bürgerschaft ohne Gegenstimme.

Nicht nur die Einmütigkeit aller Fraktionen, auch das Tempo, mit der die CDU-Fraktion den Antrag in einer Neufassung mit den Oppositionsparteien abstimmte, überrascht. Dementsprechend positiv äußerten sich Vertreter aller Parteien. Der Initiative des Aktionsbündnisses UWH sei es gelungen, eine seltene Übereinstimmung der Politiker herzustellen, hieß es in der Debatte. Der Bürgerschaftsbeschluss demonstrierte auf beeindruckende Weise, wie sinnvoll das Instrument direkte Demokratie ist, und dass sich Protest lohnt.

Anke Butscher

Zentralamerikanisches Parlament braucht Reform

Nicaraguanische Abgeordnete des zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) haben Anfang vergangenen Jahres eine Initiative ergriffen, um eine bessere (korrekter: erstmals eine) Koordination zwischen den Parlamenten der nationalen Mitgliedstaaten und dem zentralamerikanischen Parlament zu erreichen. Wie notwendig und überfällig eine derartige Reform ist zeigt ein Blick auf die Bilanz der letzten Legislaturperiode des PARLACEN zwischen 1997 und 2002: Von den mehr als 500 Empfehlungen wurde nicht eine einzige in Form einer Gesetzesinitiative in den nationalen Parlamenten vorgelegt!

Der Reformplan der nicaraguanischen PARLACEN-Abgeordneten setzt bei der nicaraguanischen Verfassung an. Gesetzesinitiativen können in Nicaragua laut Artikel 140 der Verfassung ausschließlich die Legislative, die Exekutive, die Justiz, Bürgerinitiativen mit einer Liste von 5000 Unterschriften und andere staatliche Institutionen einleiten. Die PARLACEN-Abgeordneten fordern eine Erweiterung des Artikels 140: Auch die zentralamerikanischen Parlamentarier sollen das Recht erhalten, eine Gesetzesinitiative im nicaraguanischen Parlament einzubringen, damit Empfehlungen und Beschlüsse des PARLACEN auch in Nicaragua – und in den andern Mitgliedstaaten – umgesetzt bzw. diskutiert werden können. Darüber hinaus erhoffen sich die Initiatoren eine breitere Information der nicaraguanischen Öffentlichkeit über die Arbeit und Ziele des zentralamerikanischen Parlaments. Es gibt in Nicaragua verschiedene Initia-

tiven von Organisationen zu Wahlreformen, aber keine hat bisher die Notwendigkeit gesehen, die Funktion und Bedeutung des PARLACEN zu überprüfen und Gestaltungsvorschläge zu machen. Die im nationalen Parlament vertretenen politischen Parteien haben nicht ein einziges Gesetzesprojekt eingebracht, Beschlüsse des PARLACEN zu diskutieren und umzusetzen. Offiziell wurde das zentralamerikanische



Parlament am 28. Oktober 1991 in Guatemala-City gegründet. Es entstand allerdings schon während der Bürgerkriege der 80er Jahre in Nicaragua, El Salvador und Guatemala unter anderem auch als Folge der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der damaligen Zeit. Die Suche nach einem Ausweg aus der regionalen Krise führte zu internationalen Verhandlungen und regionalen Abkommen: Die sogenannte Contadora-Gruppe (mehrere lateinamerikanische Staaten) bemühte sich um eine Lösung des Zentralamerika-Konflikts. Zur Gründung von PARLACEN kam es dann nach dem von den USA finanzierten Contra-Krieg und den weltgeschichtlichen Ereignissen von 1989/90.

Das PARLACEN dient als Forum zu Ver-

handlungen für den Integrationsprozess der Region. Das Parlament hat nur beratende und verhandelnde Funktion. Es befasst sich mit unterschiedlichen Frage- und Problemstellungen, Analysen und Empfehlungen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art. Es basiert auf repräsentativer und partizipativer Demokratie, politischem Pluralismus und dem Respekt vor nationalen Verfassungen und internationalem Recht.

Sein Ziel ist es, friedliches Zusammenleben im Rahmen von Sicherheit und sozialen Abkommen zu ermöglichen. Es gibt kein übernationales Recht (wie beispielsweise in der EU), weil die Unterzeichner-Staaten keine Übertragung von Souveränität an spezielle internationale Organisationen ausgehandelt haben. Nach den Vorstellungen der Reformer sollte das PARLACEN ähnlich dem System der Europäischen Union aufgebaut sein. Es wird nur dann funktionieren und Wirkung zeigen, wenn der verfassungsgebende Status reformiert wird. Voraussetzung wäre auch, dass die zugehörigen Staaten ebenso wie die zentralamerikanischen Präsidenten ihre individuellen Machtambitionen ablegten und die Souveränität in einer neuen, reformierten Satzung dem zentralamerikanischen Parlament übergäben. Professionalisierung und Institutionalisierung jeder Regierung der Region wären eine wesentliche Basis für die Stärkung des PARLACEN. Wenn einmal die Souveränität an dieses Organ abgegeben ist, müsste jede angenommene Gesetzesinitiative nach dem Prioritätsprinzip in den Mitgliedstaaten erfüllt werden.

Jorge Luis Morales

Hauhaltskonsolidierungen

Im Dezember 2004 hat die Hamburger Bürgerschaft den Doppelhaushalt für 2005 /2006 beschlossen. Bürgermeister Ole von Beust und Finanzsenator Wolfgang Peiner machten deutlich, dass man in Hamburg in den kommenden Jahren mit steigenden Gebühren und Kürzungen städtischer Leistungen rechnen muß.

Ein Teil der Haushaltskonsolidierung soll über höhere Einnahmen z.B. Gebührenerhöhungen geleistet werden. Einschränkungen von staatlichen Leistungen sollen 43 Millionen bringen. Die Zuschüsse an Vereine, Naturschutzorganisationen und Kultureinrichtungen werden um 18 Millionen niedriger ausfallen. Schauen wir uns die Einzelmaßnahmen

genauer an, so ist festzustellen, dass die strukturell wirkenden Konsolidierungsmaßnahmen bis 2006 über Einnahmeerhöhungen bzw. Leistungseinschränkungen erreicht werden sollen. Vorgesehen sind unter anderem:

- Gebührenerhöhung für die Jugendmusikschule

- Elternbeiträge für Vorschulklassen
- Verwaltungsgebühren für Studenten
- Erhöhung des Wasserpreises
- Kürzung von Lehr- und Lernmitteln
- Kürzung der besonderen Kulturförderung und Filmförderung
- Absenkungen in den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege
- Kürzungen im Bereich Fraueninitiativen, der Politischen Bildung und Jugendinformation
- Privatisierung der staatlichen Suchtberatungsstellen
- Reduzierung der Zuschüsse an Migrantinnen in der Erzieherausbildung

Es überrascht nicht, dass die Maßnahmen hauptsächlich das Soziale und die Bildung betreffen. Eigentlich sollte es das aber!

Wie sieht es nun im entwicklungs-politischen Bereich aus?

Hamburg stand im Vergleich zu anderen Bundesländern einigermaßen gut da. Mit jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln im reinen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Höhe von 600.000 € konnte doch einiges umgesetzt werden. Mittlerweile beläuft sich der EZ Titel auf nur noch 360.000 €. In die Osteuropakooperation wurden 100.000 € verschoben. Ab 2005 fließen 80.000 € in eine neu zu gründende Stiftung für Asien Projekte (von der Bür-

gerschaft beschlossen auf Grund eines CDU Antrages) und 60.000 € wurden mal so eben eingespart. Darüber hinaus sind die Mittel für das Convenio (Vertrag) der Städtepartnerschaft mit León von 160.000 € auf 130.000 € gekürzt worden, was mit dem Währungsausgleich zwischen Euro und US Dollar begründet wird. Für die neue Stiftung für Asienprojekte werden zudem 20 % (20.000 €) aus dem Topf Städtepartnerschaften



Staatsrat Reinhard Stuth - verantwortlich u.a. für den Bereich Entwicklungspolitik

undefiniert. Mit dieser Stiftung schaffen sich politisch Verantwortliche einen eigenen Verfügungsbereich mit der Hoffnung auf Zustiftungen aus der Wirtschaft. Zu

fragen ist dann, welchen Projekten diese Stiftung unter die Arme greifen wird.

In der politischen Bewertung für den Hamburger staatlichen entwicklungspolitischen Bereich ist festzustellen, dass er seit einigen Jahren eine massive Mittelkürzung und eine politische Umdeutung erfährt. Die Kürzungen belaufen sich mittlerweile auf 60 %. Noch zur Verfügung stehende Mittel werden zunehmend für prestigeschaffende Einzelvorhaben reserviert oder undefiniert. Es bleibt zu beobachten, ob in den nächsten Jahren weiter Mittel für fundierte Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen in Hamburg zur Verfügung stehen werden.

„Wir sind in einer katastrophalen Finanzsituation, die dramatisch ist wie nie. Trotzdem müsse die Stadt investieren, um auch für die Zukunft gerüstet zu sein. Es macht keinen Spaß, etwas zu beschließen, das Menschen etwas wegnimmt. Aber im Sinne einer Politik der Verantwortung geht es nicht anders“, sagte Bürgermeister Ole von Beust zum Doppelhaushalt.

Im Sinne einer zukunftsgerechten Politik der Verantwortung in Hamburg steht uns der Sinn nach Investitionen in Entwicklungs-, Sozial- und Bildungspolitik. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

Anke Butscher

¡ Adios, que les vaya bien! – Tschüss, macht's gut !

Seit dem 28. Januar 2005 lebe ich in León, Nicaragua. Viele haben meine Pläne, nach Nicaragua zu gehen und ein Hotel am Strand zu eröffnen, verfolgt. Seit November letzten Jahres wird nun gebaut und ich hoffe, das Hotel im Juli eröffnen zu können. Zu gegebener Zeit wird es in der Nicaragua Zeitung stehen.

Jetzt möchte ich mich als Bürokoordinatorin des Nicaragua Vereins verabschieden: Dort habe ich im Juni 2002 meine Arbeit begonnen. Vorher hatte ich keinerlei Verbindung zu Nicaragua; das hat sich dann geändert. Durch die gute Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und die Einarbeitung durch Gerda Palmer bin ich schnell in die Arbeit hinein gewachsen. Meine Aufgaben bestanden in der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit und in der Büropräsenz, was mir sehr viel Spaß gemacht hat. Durch die vielen Aktivitäten, Veranstaltungen

und die Besuche unserer Gäste aus Nicaragua, die vielen Hamburger aber auch bundesweiten Kontakte, wuchs meine Neugier auf Nicaragua und ich plante im Frühjahr 2003 meine erste Reise. Gerda



Die Lagune in Las Peñitas – ganz in der Nähe der "Casa Patricia"

begleitete mich. Sie hat mir zusammen mit Martha und Peter Borstelmann die ersten Schritte in León sehr erleichtert.

Auf Reisen mit Karin Uhlenhaut (häufig Übersetzerin bei unseren Veranstaltungen) lernte ich auch den Norden des Landes kennen. Nun war auch ich vom Virus infiziert und Nicaragua verfallen.

Schon bei dieser ersten Reise entstand der Wunsch, dort zu leben. Im April letzten Jahres habe ich dann ein Grundstück in Las Peñitas gekauft und meine Auswanderungspläne konkretisiert. Das bedeutete: Alles kündigen, überlegen, was will ich mitnehmen, was nicht, Container organisieren, Flug besorgen, einpacken, Abschied feiern... und jetzt bin ich in León, das durch all die Reisen und Kontakte sofort zu meinem Zuhause wurde.

Ende Januar flog ich also nicht ins Unbekannte, sondern schon "nach Hause" und dafür möchte ich mich bedanken. Der Dank geht natürlich in

erster Linie an meine Eltern, die mich großartig unterstützt haben und an den Nicaragua Verein. Hier gebührt großer

Dank Monika Friederichs, die mir meine Angst vor dem Antragswesen nahm und allen anderen, die mir halfen, mich in der Hamburger "Nica-Szene" zurechtzufinden. Ich kann nicht alle einzeln aufzählen, weil diese Zeitung sonst voll wäre. Nicht zuletzt möchte ich mich bei

meinen nicaraguanischen FreundInnen bedanken für das Bestärken der Idee, nach León auszuwandern, für die Unterstützung und die tolle Aufnahme hier. Ich wünsche dem Nicaragua Verein weiterhin viel Kraft und tolle Ideen und besonders Bärbel alles Gute für ihre

Arbeit (du hast einen tollen Arbeitgeber). Ich hoffe, wir sehen uns alle wieder in der "Casa Patricia"!
Kontakt : egggers061@web.de
Hasta pronto, bis bald...

Patricia Eggers

„Ich empfinde die Vereinsarbeit als aktuell politisch“

Im Januar 2005 hat Bärbel Frey de Vacaflores mit einer halben Stelle die bisher von Patricia Eggers geführte Öffentlichkeitsarbeit des Nicaragua Vereins Hamburg übernommen. Die 30-jährige Diplompädagogin aus Ettlingen ist mit einem Bolivianer verheiratet, mit dem sie einen zwei Jahre alten Sohn hat. Kerstin Kloss sprach mit ihr über den neuen Arbeitsplatz.

Nicaragua Zeitung (NZ): Welche Erfahrung hast du in dem Arbeitsumfeld bereits gesammelt, Bärbel?

Bärbel Frey de Vacaflores (BFV): Schon während meiner Schulzeit habe ich mich mit entwicklungspolitischen Themen beschäftigt. Nach einem Workcamp in Burkina Faso stand für mich fest: das möchte ich beruflich machen! 1994 bin ich nach dem Abitur im Rahmen eines Freiwilligenprojektes mit dem Internationalen Christlichen Jugendaustausch ICJA nach Sierra Leone gegangen, vergleichbar etwa mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr.

NZ: Damals hast du dich also auf Afrika fokussiert.

BFV: Ja. In Sierra Leone habe ich in einem Gesundheitszentrum gearbeitet, das an ein Flüchtlingslager angegliedert war und sich insbesondere auf die Arbeit mit Frauen und Kindern konzentrierte. Nebenbei habe ich in einer muslimischen Grundschule unterrichtet. Der Bürgerkrieg beendete meinen Freiwilligeneinsatz leider vorzeitig nach einem halben Jahr.

NZ: Wie ging es dann - zurück in Deutschland - weiter?

BFV: Ich bin ehrenamtlich bei ICJA eingestiegen und habe Seminare für Jugendliche aus verschiedenen Ländern geleitet, die wie ich an einem Austausch teilnehmen wollten beziehungsweise ihren Freiwilligeneinsatz in Deutschland durchführten. Dabei ging es um die Themenkomplexe interkulturelles und entwicklungspolitisches Lernen. An der Universität Münster habe ich als Schwerpunkt meines Pädagogikstudiums außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung gewählt – und das unter entwicklungspolitischen Themenstellungen. Als

studentische Hilfskraft habe ich zum Beispiel an einem Auswertungsprojekt einer empirischen Studie über Schulen im Senegal mitgearbeitet.

NZ: Irgendwann hat dein Weg dich dann von Afrika nach Lateinamerika geführt.

BFV: Im Rahmen meines Studiums habe ich in Münster ein Praktikum in der Arbeitsstelle Weltbilder absolviert, eine Agentur für interkulturelle Pädagogik mit Verbindungen nach Nicaragua. Ein Kooperationsprojekt zwischen der Arbeitsstelle Weltbilder und dem Träger-



verein Pan y Arte des internationalen Kulturzentrums Casa de los Tres Mundos ermöglichte mir einen Arbeitsaufenthalt in Granada/Nicaragua. Dort habe ich zusammen mit einer nicaraguanischen Künstlerin themenbezogene Malkurse betreut und Berichte für die Öffentlichkeitsarbeit des Trägervereins erstellt.

In Bolivien, wo ich 2001 geheiratet habe, habe ich mich während meiner mehrmonatigen Aufenthalte insbesondere mit der Methodik der Befreiungspädagogik (Educación popular) im Bereich der ländlichen Erwachsenenbildung auseinandergesetzt. Mein Interesse an der Zusammenarbeit mit der ländlichen Bevölkerung wurde damit geweckt. Über die Aktualität der Educación popular in Lateinamerika habe ich anschließend meine Diplomarbeit geschrieben. Auch in Nicaragua war die Befreiungspädagogik während der sandinistischen Befreiung weit verbreitet.

NZ: Was hat dich zu deiner Bewerbung

für die Stelle beim Nicaragua Verein motiviert?

BFV: Der Verein hat mich wegen seines entwicklungspolitischen Rahmens im Bereich von Nichtregierungs-Organisationen (Non Governmental Organisations, NGOs) sehr angesprochen. Ich empfinde die Arbeit des Vereins nicht nur als Rahmen für die Städtepartnerschaft Hamburg – León, sondern als aktuell politisch: Es wird geschaut, was international passiert und welche Auswirkungen das auf Nicaragua hat. Mich motiviert es, dass es im Rahmen der Städtepartnerschaft Projekte und Kontakte vor Ort gibt, um von dieser Mikroebene aus die Makroebene besser zu verstehen und umgekehrt. Ich habe das Gefühl, dass die Projekte sehr gut laufen und von der nicaraguanischen Bevölkerung getragen werden. Mich interessiert auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit anderen NGOs, Nicaragua-Gruppen und Institutionen. Auf den direkten Austausch mit Menschen aus den sozialen Bewegungen in León, die zu unseren Veranstaltungen nach Hamburg anreisen, freue ich mich besonders.

NZ: Welche Aufgaben hast du als Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit?

BFV: Einerseits bin ich im Büro als Ansprechpartnerin für die Öffentlichkeit erreichbar. Andererseits koordiniere ich Veranstaltungen und Rundreisen, erstelle Informationsmaterial, werde künftig Beiträge für die Nicaragua Zeitung schreiben. Generell möchte ich die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins vorantreiben.

NZ: Welche Ziele verfolgst du mit deiner neuen Tätigkeit?

BFV: Mir liegt am Herzen, dass sich mehr jüngere Leute im Nicaragua Verein engagieren. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie bereichernd ehrenamtliche entwicklungspolitische Arbeit ist. Insgesamt kommt es mir darauf an, dass der große Wissenspool, der von den einzelnen ehrenamtlichen Mitgliedern gespeist wird, gewahrt bleibt und weitergetragen wird.

NZ: Danke für das Gespräch, Bärbel, und viel Erfolg!

Interview: Kerstin Kloss

Nachtrag zum "Blick in die Zukunft und über den Tellerrand" Extra 4, Dezember 2004:

Dieses Grußwort sollte eigentlich schon in der Dezemberausgabe erscheinen. Es war auch rechtzeitig da, ging aber irgendwie in dem ganzen Material unter. Entschuldigung! Es soll aber nicht übergangen werden, deshalb jetzt an dieser Stelle (Anm. der Red.):

Wirksamkeit der Solidarität

Zum 20-jährigen Bestehen des Nicaragua Vereins gratuliere ich herzlich! Ein kräftiges Dankeschön für die selbstlose Arbeit in nunmehr schon zwei Jahrzehnten für eines der ärmsten Länder Lateinamerikas und dort vor allem für die Hamburger Partnerstadt León. Zugleich spreche ich ein herzliches Glückauf für das neue Jahrzehnt aus: Möge das große Engagement der Mitglieder des Vereins, die Verbindungen zwischen León und Hamburg durch die Vermittlung wechselseitiger Besuche und die Durch-

führung von Veranstaltungen eng zu gestalten, weiter möglich sein und zugleich immer wieder Unterstützung in der Hamburger und der deutschen Gesellschaft erhalten!

Bei meinen Besuchen in Nicaragua konnte ich vor allem in León selbst immer wieder einen Eindruck von der Wirksamkeit der unterstützten Projektarbeit gewinnen und erfahren, was praktische Solidarität vor Ort bewirken kann. Erst recht war dies eine große Hilfe bei der Bewältigung der Folgen des schrecklich-

chen Hurrikans ‚Mitch‘: Das Engagement beim Sammeln von Spenden für die Hilfe vor Ort ist in León nicht vergessen.

Der Nicaragua Verein e.V. hat auch im dritten Jahrzehnt seiner Arbeit die Unterstützung der Hamburger Gesellschaft mehr als verdient, um in Nicaragua weiter so wirksam wie bisher arbeiten zu können und die vielfältigen Verbindungen zu diesem sympathischen Land in Mittelamerika und seinen Menschen zu vertiefen.

Senator a.D. Horst Gobrecht
Honorarkonsul der Republik Nicaragua

Veranstaltungshinweise

Macht Un -Gerechtigkeit sichtbar

Unter diesem Motto finden die **Romero Tage 2005** vom 3. März bis zum 5. April statt

Am 24. März 1980, also vor 25 Jahren, wurde der Erzbischof Romero ermordet. Verschiedene Solidaritätsgruppen und kirchliche Einrichtungen nehmen den Todestag seit Jahren zum Anlass, auf die Situation in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern aufmerksam zu machen.

Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe möchten wir auf folgende Veranstaltungen hinweisen:

Der Kampf ums Wasser

Eine Vertreterin des Verbraucherschutznetzwerks aus Nicaragua berichtet über den Kampf gegen die Wasserprivatisierung

Donnerstag, den 10. März, 19.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32

Eine Veranstaltung des Nicaragua Vereins Hamburg e.V. www.nicaragua-verein.de; Diese Veranstaltung wird gefördert vom EED durch ABP und NUE

Filmreihe im Kommunalen Kino Metropolis

In sieben Filmen soll, in der Zeit vom 8. März bis zum 5. April, Rückblick auf die politische Situation in den Ländern Lateinamerikas vor 25/30 Jahren genommen und Menschen, die umgebracht wurden, in ihrem Kampf dargestellt werden. Die Filme beschäftigen sich mit den Ländern Nicaragua, El Salvador, Mexiko, Argentinien und Chile.

Das genaue Programm ist auf den beiden Flyern abgedruckt, die diesem Heft beiliegen.

Sollten die Flyer gerade nicht zur Hand sein, kann man auch im Internet nachsehen.

Zur **Filmreihe**: www.nicaragua-verein.de

Zu allen Veranstaltungen der **Romerotage**: www.werkstatt3.de und www.nmz-mission.de

Nicaragua Verein sucht aktive MitstreiterInnen

Auf der 6. Hamburger Aktivoli-Freiwilligenbörse „Hamburg gewinnt...“ in der Handlungskammer, einer Börse für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, war auch der Nicaragua Verein mit einem Stand vertreten. In der Hoffnung, unter den vielen Besucherinnen und Besuchern auch einige für unsere Arbeit im Nicaragua Verein gewinnen zu können, präsentierten wir unsere Projekte und erzählten von unserer Arbeit. Das Interesse war rege und es konnten gute Kontakte für eine Mitarbeit im Nicaragua Verein und eine aktive Unterstützung unserer Arbeit geknüpft werden.

Zusätzlich können wir noch weitere MitstreiterInnen gebrauchen, die Lust haben

- in einem unserer Projektteams (Straßenkinderprojekt Las Tías, Frauenprojekt Mujeres, Imkereiprojekt, Naturheilkl. mitzuarbeiten,
- unsere (oft ausschließlich spanischsprachigen) Gäste aus Nicaragua zu Terminen in Hamburg oder auch auf Reisen innerhalb Deutschlands zu begleiten,
- an unserer Zeitung oder unserem Internetauftritt mitzuarbeiten oder
- auf Straßenfesten und Veranstaltungen über unsere Arbeit zu informieren.

Wir freuen uns auf Ihren/Euren Anruf!

Ulla Meyer-Rumke

Impressum:

Herausgeber:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel.: 040-394404; Fax: 040-3909370

e-mail:

nicaragua-verein@t-online.de

Homepage:

www.nicaragua-verein.de

Bankverbindung:

Postbank Hamburg
BLZ: 20010020
Kontonummer: 51137-205

Satz, Layout und Druck:

druckwelten GmbH, Hamburg

Redaktion:

Detlef de Cuveland (V.i.S.d.P.)
Bruni Franke
Bärbel Frey de Vacaflores
Katrin Jaschinski
Kerstin Kloss
Vera Krömer
Gerda Palmer

Fotos:

María Cristina Rodríguez (S.3),
Matthias Herwig (S.4),
Frauke Finster (S.5),
Kerstin Kloss (S.6),
Peter Borstelmann (S.6),
Gerda Palmer (S.8,10),
Detlef de Cuveland (S.10)
Gastón Vacaflores (S. 11)

Auflage: 2.100

Diese und ältere Ausgaben sind auch auf unserer Homepage zu finden.

Gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) durch den ABP und NUE.